

21. 11. 1915.

## „Kriegssozialismus“ der Gemeinden.

Die deutschen Städte kaufen jetzt große Mengen Fleisch ein, um Fleischdauerwaren herzustellen und einzulagern für die spätere Zeit der Fleischknappheit. Die Stadtverwaltung von Reinickendorf hat nicht weniger als 1.100.000 Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt und hat bereits 4000 Zentner Fleischkonserven in Dosen eingekauft. Weiter sollen 2000 Zentner Speck, 1500 Zentner Schmalz und 1500 Zentner Schinken, Schintenspeck und Würstwaren beschafft werden. Reinickendorf ist eine Vorstadt Berlins und hat nur 35.000 Einwohner und ein Budget von kaum vier Millionen Mark. Die Stadt Wien hat siebzehnfach so viel Einwohner und gibt jährlich sechzigmal so viel aus wie Reinickendorf. Die Stadt Berlin hat beim Kriegsausbruch im Juli vorigen Jahres Roggen, Roggenmehl, Weizen, Weizenmehl, Kartoffeln, Kartoffelmehl, Mais, grüne Erbsen, geschälte Erbsen, Graupen, Konserven, Gerste, Fleisch und Speck eingekauft und eingelagert. Jetzt werden vom Berliner Magistrat in rund hundert Ständen Erdäpfel zu 11 Pfennig das Kilogramm verkauft. Die Stadt Breslau hat für den Ankauf von Lebensmitteln sechzehn Millionen Mark bewilligt; die Stadt Köln hat ebenfalls für einige Millionen Mark Lebensmittel angeschafft und verkauft schon seit Dezember Kartoffeln; im Jänner hat sie auch schon mit dem Verkauf von Norweger Vollheringen begonnen, die zehn Stück zu 70 Pfennig abgegeben werden. Nächstens wird sie auch Sauerkraut verkaufen. Die anderen Lebensmittel spart sie noch auf. Die Stadt Hörde in Westfalen — 33.000 Einwohner — errichtete eine Mastanstalt für Schweine. Wilmersdorf bei Berlin hat mit dreizehn Molkereibesitzern am Orte ein Abkommen getroffen, nach dem diese die Küchenabfälle aus den Häusern regelmäßig abfahren und zur Viehfütterung verwenden müssen.

Auch für die Bebauung der hochliegenden Gründe sorgen die Städte. Düsseldorf hat schon im verfloßenen Herbst auf dem hochliegenden Gelände Gemüse gebaut und damit gute Erfahrungen gemacht; im Frühjahr sollen nun noch mehr Grundstücke mit Kartoffeln und Gemüse bepflanzt werden. In Berlin tagte am Dienstag eine Versammlung der Laubenkolonisten, in welcher der Stadtgardendirektor Brodersen einen Vortrag über die Frage hielt: „Wie bewirtschaftete ich meine Parzelle während des Krieges am vorteilhaftesten?“ Nach seinen Mitteilungen sind in Großberlin im ganzen 45.000 Laubenparzellen. Dazu kommen noch etwa 4300 Morgen Land, die von der Stadt zum Anbau von Kartoffeln abgegeben werden. Ferner werden auch bei der Pachtung von Land anderer städtischer Güter große Erleichterungen gewährt und die Flächen, die bisher nur für sechs Jahre verpachtet wurden, werden nun auf ein Jahr abgegeben. Die Verwaltung von Berlin hat sich auch bereit erklärt, den Laubenkolonisten Dünger vom Viehhof unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Stadtgardendirektor gab den Laubenkolonisten auch Ratschläge, wie sie düngen und was sie bauen sollen. Er riet davon ab, heuer Weißkohl, Rotkohl und Sellerie zu pflanzen. Dafür sei jetzt der Boden zu kostbar. Dagegen empfahl er, Mohrrüben, alle Salate, Spinat, Kohlrabi, Grünkohl, Wirsingkohl, Feldsalat und besonders Erbsen und Bohnen zu bauen und so bald als möglich mit der Saat zu beginnen. Man müsse viel Gemüse pflanzen, damit viel Gemüse gegessen werden soll.

So nehmen die deutschen Städte die Lebensmittelversorgung tatkräftig selber in die Hand. Wir haben nur wahllos einige Stichproben herausgegriffen, die leicht verhundertfacht werden könnten. Alle deutschen Städte machen die größten Anstrengungen, durch eigene Maßnahmen die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen und die Sicherheit zu schaffen, daß jedes verfügbare Fleckchen Boden zur Erzeugung von Lebensmitteln voll ausgenutzt werde.

Und was geschieht in Wien? Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat von der Obmännerkonferenz des Gemeinderates — der Gemeinderat selber ist bei uns in der Kriegszeit wie das Parlament ganz ausgeschaltet worden — eine Generalvollmacht erhalten, wie sie in ähnlichem Ausmaß kein Bürgermeister der ganzen Welt besitzt. Er hat schrankenlose Vollmacht, Lebensmittel einzukaufen, kann Millionen und Millionen Kronen für diesen Zweck aufwenden und sicher sein, daß von keiner Seite irgend eine Einwendung erhoben wird. Alles, was deutsche Städte auf diesem Gebiet tun, und noch mehr kann er unternehmen und der Zustimmung aller Gemeinderatsparteien und der gesamten Bevölkerung sicher sein. Und was ist geschehen? Es verlautet, daß er Mehl und Reis eingekauft habe; aber das ist so ziemlich alles, was man weiß. Wie viel er an Vorrat hat, ob er auch schon an Fleisch und Konserven und andere Nahrungsmittel gedacht hat, davon hat man nichts gehört, obgleich sonst Herr Dr. Weiskirchner in der Verkündung seiner Laten nicht gerade zurückhaltend ist. Doch man liest nur immer von seinen Fürsorgeaktionen — die ja auch dringend notwendig und nützlich sind — und was er zur Lebensmittelversorgung von der Regierung verlangt. Nun ist es ja richtig, daß die Ernährung der Bevölkerung in der Kriegszeit vor allem eine Sorge der Regierung ist und daß in dieser Hinsicht von der deutschen Regierung weit mehr getan worden ist als von der Regierung des Grafen Stürgch. Es ist deshalb gewiß notwendig, daß auch der Bürgermeister von Wien den Staat an seine Pflichten eindringlich mahnt; doch er darf dabei nicht der eigenen Pflichten vergessen; denn so ist es nicht, daß die deutschen Städte ihre Lebensmittelmaßnahmen nur treffen konnten, weil sie von der Regierung umsichtig geführt und unterstützt wurden, sondern was auf diesem Gebiet geschehen ist, das ist fast ausschließlich der eigenen Einsicht und Vorsicht und dem eigenen Willen der Stadtverwaltungen entsprungen und erst auf Anregung der Städte wurden dann vielfach Regierungsmaßnahmen verfügt.

Bei aller Saumseligkeit der Regierung kann auch die Gemeindeverwaltung von Wien für die Lebensmittelversorgung viel leisten. Um wie die deutschen Städte Fleisch, Konserven, Hülsenfrüchte, Kartoffeln und andere Lebensmittel zu erwerben, um sie in eigener Regie später an die Bevölkerung zu verkaufen, dazu bedarf die Gemeinde keiner besonderen Hilfe der Regierung, wenn auch natürlich das alles durch vernünftige Regierungsverfügungen sehr gefördert werden könnte. In der Viehmast und im Kartoffel- und Gemüsebau könnte die Stadt Wien, die viele Bürgeripitalgründe, das Fondsgut Ebersdorf, den Kobenzl und ein Brauhaus besitzt, viel mehr leisten als irgend eine Stadt Deutschlands.

Es fällt uns selbstverständlich nicht ein, von Herrn Weiskirchner oder seinen Beamten zu verlangen, daß sie das alles selber leisten. Auch in Deutschland machen es die Bürgermeister und die Stadtbeamten nicht allein; aber organisiert wird das alles von der Stadt und die Stadtverwalter suchen sich zur Durchführung in der Bevölkerung die entsprechenden Kräfte, wie Berlin zum Beispiel mit Hilfe der Laubenkolonisten den Gemüsebau organisiert hat. Damit, daß man über die Dinge in einem Comité redet, die Schweinemast mit Küchenabfällen und den Gemüsebau auf Stadtgründen anregt und die Durchführung Privaten überläßt, ist nichts getan. Privatpersonen können das nicht leisten. Das muß von der Stadtverwaltung selbst in die Hand genommen und großzügig organisiert werden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß da rasch gehandelt werde, und wir empfehlen dem Ehrgeiz des Herrn Bürgermeisters die Nachahmung der deutschen Muster. Wenn schon Graf Stürgch die Deutschen nicht kopieren will, so wünschen wir wenigstens, daß der Bürgermeister von Wien im „Kriegssozialismus der Gemeinden“ seine tatkräftigen deutschen Kollegen kopierte.